

zielen. Das ist aber genau das, was in einer verantwortungsbewussten Diskussion über den Extremismus nicht gemacht werden sollte.

(Beifall von Sven Wolf [SPD])

Vielmehr müssen Demokratinnen und Demokraten hier zusammenstehen – über Fraktionsgrenzen hinweg.

Ich bin dankbar dafür, dass das Projekt Wegweiser als vernünftiges Präventionsprojekt mittlerweile sogar bei der CDU allgemeine Anerkennung findet. Ich freue mich über jeden, der uns dabei hilft, auch materiell die Basis für die Erweiterung dieses Programms mitzugestalten.

Wer sich jedoch bei einer so schwierigen Diskussion über ein derart wichtiges gesellschaftliches Phänomen permanent im Ton vergreift, der spielt – und das sage ich mit aller Nachdrücklichkeit – denjenigen in die Hände, die die Axt an die freiheitliche Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen legen.

(Lachen von Josef Hovenjürgen [CDU])

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Körfges.

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Daher schließe ich diese Aktuelle Stunde.

Wir kommen zu:

2 Gesetz zur überbrückenden Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Kindertagesbetreuung (Gesetz zur Änderung des Kinderbildungsgesetzes)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/11844

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Familie, Kinder und Jugend
Drucksache 16/12380

zweite Lesung

In Verbindung mit:

Kita-Kollaps verhindern – Landesregierung muss endlich handeln!

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11896

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Familie, Kinder und Jugend
Drucksache 16/12381

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Altenkamp das Wort.

Britta Altenkamp (SPD): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Der Präsident hat gerade vorgelesen, worum es heute geht. Noch einmal: Was regelt das Gesetz?

In dem Gesetz regeln wir zunächst die Anhebung der Dynamisierung der Pauschalen in der frühkindlichen Bildung in den Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen, die bislang auf 1,5 % begrenzt waren. Diese Pauschalen erhöhen wir um 1,5 % auf nunmehr 3 %; die Erhöhung erfolgt aus dem Landeshaushalt.

Damit entsteht für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen die Situation, dass auch sie mehr Geld für die Finanzierung der Kindertageseinrichtungen werden aufbringen müssen. Darauf komme ich später noch einmal zurück; denn ein für dieses Gesetz sehr wichtiger Aspekt ist, dass wir hinsichtlich der Fragen, was denn nun auf die Kommunen zukommt, Einigkeit erzielt haben.

Wir passen die Pauschalen bis zum Jahr 2018/19 an. Diese Anpassung finanzieren wir aus dem Betreuungsgeld. Somit bleibt in Nordrhein-Westfalen – das unterscheidet uns von anderen Bundesländern, und dafür kann man unserer Ministerin nur herzlich danken – das Betreuungsgeld komplett im System der frühkindlichen Bildung. Das ist ein sehr wichtiges Signal für die Anerkennung der frühkindlichen Bildung.

(Beifall von der SPD)

Bis 2018/19 stehen 100 Millionen € aus dem Betreuungsgeld für Investitionen insbesondere im Ü3-Bereich zur Verfügung.

Wir haben – ich sagte es schon – im Vorfeld mit den kommunalen Spitzenverbänden sowie mit den Trägern über Eckpunkte geredet, die ein neues Kitagesetz bringen soll. Und nur unter der Voraussetzung, dass wir uns mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Trägern auf Eckpunkte würden einigen können, war es möglich, dass die kommunale Seite sich bereit erklärt hat, die Anpassung der Pauschalen mitzutragen.

Damit vermeiden wir den von CDU und FDP so stark herbeigesehnten Kitakollaps in Nordrhein-Westfalen. Auch wenn Sie immer wieder den Teufel an die Wand malen: Sie werden erleben, dass das, was Sie sich so sehr herbeiwünschen, ausbleiben wird. Ich frage mich auch ganz ehrlich: Warum wünschen Sie

sich das? Das muss man sich als Fachpolitiker doch einmal fragen dürfen.

Wenn Sie sich am frühen Morgen schon aufgemacht haben, um die Kitaträger zu unterstützen, dann schauen Sie sich doch einmal die Situation zum Beispiel in Oberberg an. Ja, dort zieht sich tatsächlich ein Träger zurück. Dafür hält ein anderer Träger das, was an Finanzierung vonseiten des Landes kommt und was die Kommunen an Kofinanzierung bereitstellen, für ausreichend und steigt ein. Insofern werden wir auf der Strecke viele Plätze erhalten können. Und Sie werden es erleben: In Nordrhein-Westfalen wird es sogar noch einen weiteren Ausbau geben.

Warum wollen wir ein neues Kitagesetz? Warum wollen auch kommunale Spitzenverbände und Kitaträger ein neues Gesetz? Im Laufe der letzten fünf Jahre ist deutlich geworden, dass das KiBiz kein Gesetz ist, das den Bedarfen und Anforderungen der frühkindlichen Bildung gerecht werden kann.

KiBiz wird den Kindern nicht gerecht. KiBiz hat nur unzureichende Antworten, wenn es um die Bedarfe und Bedürfnisse von Familien geht. KiBiz bietet keine neue Steuerungsmöglichkeit für das Land. Wir agieren da doch nach der Strategie: Zahlen und fröhlich sein. – KiBiz lässt eine klare Aufgaben- und Kostenteilung zwischen Land, Trägern und Kommunen vermissen.

Das – stellen Sie sich das einmal vor, Herr Hafke – kann man auch herausbekommen, ohne eine Evaluation zu machen. Stellen Sie sich so etwas einmal vor!

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Deshalb – darüber sind wir uns mit den Trägern und Erziehern, mit den kommunalen Spitzenverbänden und mit den Gewerkschaften, aber auch mit den Eltern und Familien in NRW völlig einig – werden wir ein neues Gesetz machen. Deshalb hat es bei der Anhörung auch so viele Diskussionen, Anteilnahmen und Hinweise darüber gegeben, was die Eckpunkte tatsächlich bringen sollen. Und deshalb hat es so wenige Diskussionen darüber gegeben, was Sie so gerne gehabt hätten ...

(Marcel Hafke [FDP]: Die SPD war doch nicht da! – Gegenruf von Stefan Zimkeit [SPD]: Wir können lesen!)

Das Protokoll ist da ja Ausweis. Sie haben fröhlich versucht, Wahlkampf zu betreiben – sehr zum Befremden derjenigen, die bei der Anhörung sachdienliche Hinweise geben wollten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Marcel Hafke [FDP]: Weil Sie sechs Jahre nichts gemacht haben!)

Ja, wir verknüpfen mit dem heutigen Gesetzentwurf nicht mehr und nicht weniger als eine Überbrückungshilfe – mit Betonung auf „Brücke“. Denn die Tage dieses unzureichenden Gesetzes sind gezählt.

(Marcel Hafke [FDP]: Das sagen Sie nach sechs Jahren!)

Rot-Grün hat es in der Zwischenzeit geschafft, mehr als 2 Milliarden € in das System „frühkindliche Bildung“ zu stecken. Aber es ist auch klar, dass wir uns gemeinsam mit Kommunen und Trägern darüber verständigen müssen, wie viel Geld in der Zukunft aufgebracht werden muss. Dass mehr Geld aufgebracht werden muss – das ist ja Ihr Kummer –, bestreitet heute niemand mehr.

Das andere, was auch niemand bestreitet, ist, dass Rot-Grün in den letzten sechs Jahren schon sehr viel erreicht hat. Die Anerkennung dafür war bei der Anhörung deutlich spürbar.

(Marcel Hafke [FDP]: Wenn Sie da gewesen wären, dann wüssten Sie, dass es anders war!)

– Herr Hafke, ich muss Ihnen jetzt eines sagen: Es kann doch sein, dass ich andere parlamentarische Verpflichtungen hatte und deshalb Ihren Wahlkampf-bemühungen im Ausschuss nicht zuhören konnte.

(Beifall von der SPD – Marcel Hafke [FDP]: Von der SPD waren zwei Vertreter da!)

Herr Hafke, ich würde es Ihnen als Mitglied einer kleinen Fraktion niemals vorhalten, wenn Sie Schwierigkeiten haben, an der einen oder anderen Stelle anwesend zu sein. Bitte, Herr Hafke, tun Sie das nicht.

(Marcel Hafke [FDP]: 99 Abgeordnete hat die SPD!)

Das ist unterstes parlamentarisches Niveau, worauf Sie sich da gerade einlassen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Aus dieser Attacke spricht nichts anderes als der Frust darüber, dass Ihre ganzen Bemühungen, das Überbrückungsgesetz schlechtzureden, in der Szene nicht gefruchtet hat. Und das ist Ihr Problem.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Uns ist klar, dass es Zeit wird, dass das Geld, das wir als Land für die frühkindliche Bildung aufbringen, dazu dienen muss, den Erzieher-Kind-Schlüssel in Nordrhein-Westfalen zu verbessern, und zwar insbesondere im Ü3-Bereich. Wir sind uns klar darüber, dass dieses Geld dazu dienen muss, gute Beschäftigungsverhältnisse in unseren Kitas auszubauen. Und wir sind uns darüber im Klaren, dass es darum gehen muss, ein bedarfsgerechtes Angebot für Familien zu schaffen. Das ist eben die Hauptkritik am KiBiz bis heute: Dieses Gesetz leistet das nicht.

Unsere zentralen Ziele, die ich gerade genannt habe, sind die, die wir in die Diskussion mit den anderen Beteiligten in der frühkindlichen Bildung für die Eckpunkte eines neuen Gesetzes einbringen. Wir sind nach den ersten Diskussionen, die wir geführt haben, sehr zuversichtlich, dass die Hauptziele, die wir formuliert haben, in der Szene weitestgehend mitgetragen werden. Wir werden da, glaube ich, einen sehr guten Weg finden.

Beim Thema „frühkindliche Bildung“ – da spreche ich Sie an, Herr Hafke, aber auch die Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion – haben die Oppositionsfraktionen eben eine dunkle Vergangenheit. Wir, die regierungstragenden Fraktionen, bemühen uns, die Zukunft zu gestalten.

(Marcel Hafke [FDP]: Stets bemüht!)

Das, Herr Hafke, kommt offensichtlich so gut im Land an, dass Sie in der Zwischenzeit versuchen, auszuweichen und sich auf ein anderes Spielfeld zu bringen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, Herr Hafke: Das, was Sie in den letzten Wochen und Monaten zur Veränderung im Bereich der frühkindlichen Bildung hier beigetragen haben, wird Ihnen auf der Strecke sicherlich nicht das bringen, was Sie sich davon erhoffen.

Ich habe ganz massiv den Eindruck, dass die Menschen und Familien in Nordrhein-Westfalen die Bemühungen von Rot-Grün sehr wohl anerkennen – nämlich, dass wir in der frühkindlichen Bildung vieles auf den Weg gebracht und viele Verbesserungen erreicht haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die Menschen erkennen aber auch an, dass wir ihnen ehrlich gegenüber treten und sagen: Okay, es gibt noch einiges, was wir verändern müssen und was wir verändern können.

(Marcel Hafke [FDP]: Versprochen, gebrochen!)

Und eines wird eben auch klar, Herr Hafke: Die Konzepte, die Sie bislang, wenn Sie überhaupt einmal irgendetwas skizziert haben, skizziert haben, beruhen ganz alleine darauf, dass Sie sagen: Ich war damals noch nicht im Parlament. Ich habe damit nichts zu tun. – Tatsache ist aber, dass Ihre Kolleginnen und Kollegen, die damals im Parlament waren, den Bürgerinnen und Bürgern versprochen haben,

(Marcel Hafke [FDP]: Sie haben das Gesetz gebrochen, Frau Altenkamp! Diese Regierung hat das Gesetz gebrochen!)

dass es ein besseres, ein gutes und ein bedarfsgerechtes Gesetz gibt. Das Einlösen dieses Versprechens sind Sie den Bürgerinnen und Bürgern bis heute schuldig geblieben.

(Beifall von der SPD)

Auch ein Marcel Hafke als Vertreter der FDP ist das den Menschen schuldig geblieben. Von den Kolleginnen und Kollegen der CDU, die Mitverursacher sind, wollen wir einmal lieber ganz schweigen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Altenkamp. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Tenhumberg.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegin, bei Ihrer Rede ist mir bewusst geworden: Die Wirklichkeit an der Basis zur Kenntnis zu nehmen, scheint für einige Politiker etwas schwierig zu sein.

Die zweite Anmerkung ist: Sie wollen ein neues Gesetz. Sie haben schon oft etwas gewollt, aber anschließend nichts zustande gebracht. Das Wollen ist die eine Sache, das Können die andere.

(Beifall von der CDU und der FDP – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Deshalb ist Herr Latsch gar nicht erst gekommen!)

Meine liebe Frau Kollegin, Sie haben gesagt, man wäre sich einig gewesen. Wenn Sie sich doch einig waren: Warum warten Sie dann bis 2019 damit, ein vernünftiges Gesetz zu machen? Warum machen Sie es denn nicht jetzt?

Was die Wirklichkeit angeht, sollten Sie einmal das zur Kenntnis nehmen, was in der „Rheinischen Post“ über die KiTa Arche Noah steht, die vor dem Existenzverlust steht. Das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen. Aber die Wirklichkeit ist nun einmal etwas Schwieriges für Rot-Grün. Das hören die nicht gerne.

Deshalb will ich, Herr Präsident, meine Damen und Herren, Ihnen Folgendes noch einmal ins Gebetbuch schreiben: Was hat Rot-Grün mit dem Kinderbildungsgesetz eigentlich gemacht?

Ein Gesetz, Frau Kollegin – das Zuhören ist nicht gerade Ihre Stärke –, das 2007 erstmalig in der Geschichte Nordrhein-Westfalens gemeinsam mit den Beteiligten im Kinderbetreuungsbereich – das sind die drei kommunalen Spitzenverbänden, die Spitzenverbände der sechs Wohlfahrtsverbände, zwei Landschaftsverbände und zwei Kirchen – entwickelt wurde! Ein gutes Gesetz, das das alte Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder, GTK genannt, ablöste, um die Vorgaben des Bundes, die mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz und dem Kinder- und Jugendhilfweiterentwicklungsgesetz definiert wurden, zu erfüllen!

Das neue Kinderbildungsgesetz war dringend notwendig, weil rote und rot-grüne Vorgängerregierungen seit vielen Jahren die Belange und Bedarfe von

Familien und Kindern hier in Nordrhein-Westfalen einfach nicht beachtet haben.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

11.800 Plätze 2005 im U3-Bereich – das sagt doch alles über Ihr Nichtstun für Familien und Kinder!

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Meine Damen und Herren, erst mit dem neuen Kinderbildungsgesetz 2008 wurden die Chancen der Familien und Kinder in Nordrhein-Westfalen verbessert.

Und was hat Rot-Grün dann nach der Regierungsübernahme 2010 getan? Meine Damen und Herren, was haben Sie 2010 getan?

(Ingrid Hack [SPD]: Die Lage verbessert!)

Nichts! Nichts Vernünftiges! Sie haben zum Beispiel Ihr Versprechen gebrochen, indem Sie die Evaluierung der Kindpauschalen, der Pauschalen insgesamt bis heute nicht vorgenommen haben – die versprochen waren, Frau Kollegin. Versprochen – gebrochen!

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die Bildungschancen und Qualitäten sind seit dieser Zeit – seit 2011 – mächtig nach unten gegangen. Darunter leiden besonders die Erzieherinnen und Erzieher – siehe zum Beispiel die Stellungnahmen der Berufsgenossenschaften – und natürlich unsere Kinder in besonderem Maße.

Meine Damen und Herren, heute sehen wir zum Teil dramatische Missstände. Wir stehen, regional unterschiedlich, vor dem Kitakollaps. Hilft die Landesregierung jetzt den Beteiligten? – Nein!

(Zuruf von der SPD: Doch!)

Sie hilft nicht. Rot-Grün hört ja nicht mal zu.

Frau Kollegin, was haben die Experten der Anhörung gesagt? Unsere Anträge wurden von allen Experten befürwortet und als richtig empfunden.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD: Nein!)

– Anscheinend waren Sie nicht da, oder Sie haben nicht zugehört. Ich hatte eingangs ja schon etwas zu Ihrer Schwerhörigkeit gesagt.

Haben Sie denn die Brandbriefe nicht bekommen? Kriegen Sie gar keine Post mehr? Also, bei uns kommen Brandbriefe massenhaft an. Anscheinend wird Rot-Grün in diesem Lande nicht mehr wahrgenommen, wenn Sie keine Post mehr kriegen.

(Beifall von der CDU)

Die willkürlichen Interpretationen in diesem Hohen Hause, wie sie die Kollegin gerade wieder für die Anhörung vorgenommen hat, gehen einem allmählich

auf den Wecker. Das, was Sie wiedergeben, ist doch nicht mehr die Realität.

Meine Damen und Herren, Rot-Grün hat ein Versprechen gebrochen. Mit dem Ausbau neuer Kindergartenplätze in großem Stil sollte zeitgleich deren Qualität verbessert werden. Dieser zweite Schritt ist von dieser ideologisch geprägten rot-grünen Regierung abgesagt worden.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP – Zurufe von der SPD: Och!)

Was ist unter Rot-Grün geschehen? – Seit der Regierungsübernahme 2010 hat Rot-Grün die Prioritäten im Kinderbetreuungswesen verändert: weg von der Qualität, weg von der auskömmlichen Finanzierung hin zu einer ideologisierten, bevormundenden Symbolpolitik, hin zu einer Diffamierung eines guten CDU/FDP-Gesetzes, hin zu einem systematischen Kaputtsparen und Kaputtreformieren eines guten Kinderbildungsgesetzes.

(Beifall von der CDU – Zurufe von den GRÜNEN)

Diese rot-grüne Landesregierung hat ein gutes Gesetz ideologisch bewusst ausbluten lassen,

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

es ständig schlechtgeredet und es durch drei Novellierungen, Qualitätsabbau und nicht auskömmliche Finanzierung an die Wand fahren lassen.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Die Anhörungen haben doch ergeben – lesen Sie bitte! –: Die Struktur des Gesetzes trägt; es ist nur zu wenig Geld im System. – Und da verweigern Sie sich seit 2011.

(Beifall von der CDU – Ingrid Hack [SPD]: Wer hat diese Struktur denn gemacht? Es ist unglaublich!)

Sie von Rot-Grün haben die Situation in den Kitas mit jeder Gesetzesinitiative – 2011, 2014 und auch heute – verschlechtert.

(Widerspruch von der SPD)

2011 haben Sie Wahlgeschenke verteilt, statt wie versprochen die Auskömmlichkeit mit der Anpassung der Kindpauschale und der Anpassung des Dynamisierungsfaktors zu sichern. 2011 begann der Qualitätsabsturz.

In der zweiten Stufe, 2014, haben Sie weitere Sondertöpfe geschaffen, die keine Entlastungen, sondern Mehrarbeit und damit einen Qualitätsverlust zur Folge hatten. Die Sondertöpfe hatten von Anfang an den Fehler, dass sie nicht ausreichend waren und wegen der mangelnden Dynamisierung seit 2014 ständig einen Qualitätsabbau beinhalteten.

Und heute, 2016, wieder Stückwerk! Träger, Erzieherinnen und Erzieher, Eltern und Kinder erfahren mit diesem Gesetz in den nächsten Tagen wieder Benachteiligungen, und das mit steigender Tendenz. Die finanzielle Situation ist nach wie vor dramatisch. Bei den Trägern werden in den nächsten vier Jahren 400 Millionen € Kreditaufnahme notwendig, oder es müssen Einsparungen erfolgen. Und zu wessen Lasten geht das wieder? – Auf die Knochen der Erzieherinnen und Erzieher und damit der Qualität!

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Sie verschlimmern die pädagogische Qualität in unseren Einrichtungen tagtäglich.

Der VBE hat in seiner Presseerklärung vom 28. Juni 2016 Folgendes dazu mitgeteilt – ich zitiere –:

„Leider reichen die Steigerungen längst nicht aus, damit sich Erzieherinnen ausreichend um die kindlichen Bedürfnisse kümmern können.“

(Andrea Asch [GRÜNE]: Das ist Ihre Verantwortung!)

Meine Damen und Herren, das ist Note 6, schlimmer geht es nicht. Das ist fatal. Rot-Grün allein trägt die Verantwortung dafür. Machen Sie endlich eine fachlich und sachlich begründete Politik zum Wohle der Kinder hier in Nordrhein-Westfalen! – Danke.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Tenhumberg. – Für die Fraktion Die Grünen spricht Frau Kollegin Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! 5,8 % mehr Mittel, mehr Ressourcen für die Arbeit der Kindertagesstätten in Nordrhein-Westfalen, das werden wir hier heute beschließen. So viel Geld stand uns im Landeshaushalt noch nie für die frühkindliche Bildung zur Verfügung. Darauf ist Rot-Grün stolz. Das ist eine Leistung, die sich sehen lassen kann.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das ist viel mehr, als sich die CDU und die FDP jemals getraut haben, hier zu beantragen.

Man kann vielleicht nachvollziehen, dass sich angesichts einer solchen Leistung der Regierung und der sie tragenden Fraktionen eine Opposition ärgert. Wer aber glaubt, dass dann konstruktive Vorschläge dieser Opposition auf den Tisch gelegt werden, wer glaubt, dass diese Opposition Haushaltsanträge oder andere Anträge inhaltlicher Art stellt, um uns in irgendeiner Form zu übertreffen, der hat sich getäuscht. Es bleibt beim Mäkeln und Meckern.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU und der FDP)

Lieber Kollege Tenhumberg, das, was die CDU-Fraktion hier veranstaltet, ist einfach nur noch lächerlich. Statt gemeinsam mit uns zu gehen und den Kitas mehr Luft zum Atmen zu geben, statt die Interessen von Kindern, Eltern und Erzieherinnen im Blick zu haben, macht die CDU hier nur vorgezogenen Wahlkampf. Und das ist mies, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Dabei vergisst sie natürlich wie immer, dass die CDU gerade für ihre verfehlte Kitapolitik, für die Politik des damaligen Familienministers Laschet abgewählt worden ist. Mit diesem Klamauk, den Sie hier veranstalten, mit Ihrer offensichtlichen Inkompetenz und Dummheit werden Sie auch nicht wieder in Regierungsverantwortung kommen; das kann man jetzt schon voraussehen.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Oh!)

Ihre hanebüchenen Vorschläge und Ihre Veranstaltung hier fallen auf Sie selbst zurück.

Wir müssen noch einmal – ich kann Ihnen das nicht ersparen, weil Sie sich bis heute ...

(Unruhe)

– Vielleicht hören Sie mal zu, Herr Kollege, anstatt sich diesem Klamauk anzuschließen.

Schauen wir doch in die Genese

(Zuruf von der FDP: Es wird ja nicht besser!)

der heutigen Situation. Das gehört dazu, weil Sie sich bis heute nicht von diesem unsäglichen KiBiz, das Sie als CDU verabschiedet und auf den Weg gebracht haben, distanziert haben. Sie haben dieses Gesetz 2008 verabschiedet, begleitet von den größten Protesten – das wissen wir alle –, die eine Gesetzesverabschiedung jemals erlebt hat.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Eltern, Erzieherinnen, Wohlfahrtsverbände sind auf die Straße gegangen mit dem Slogan: KiBiz ist Mumpitz! – Es fällt Ihnen offenbar sehr schwer, das wahrzunehmen und zuzuhören, sonst müssten Sie hier nicht dauernd dazwischenbrüllen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Alle diese Gruppen und auch wir als Grüne und die SPD haben schon damals klar diagnostiziert: Das KiBiz ist ein Spargesetz. – Denn die Kindpauschalen waren schon damals, bei der Einführung des Gesetzes, nicht auskömmlich. Sie waren nicht auskömmlich berechnet.

(Zuruf von der FDP: Und das ist ein Grund, dass man ein Gesetz bricht?)

Auch die 1,5%ige Erhöhung, die Sie als CDU/FDP in das Gesetz geschrieben haben, ist bis heute nicht auskömmlich. Tatsächlich hat sich die Schere von Einnahmen und Kostenentwicklung von Jahr zu Jahr immer weiter geöffnet. Das, meine Damen und Herren, ist die sogenannte Laschet-Lücke.

Das KiBiz strotzt nur so von handwerklichen Fehlern. Einer aber war ein Kardinalfehler, liebe Kolleginnen und Kollegen: die jährliche 1,5%ige Dynamisierung auch noch ins Gesetz zu schreiben. Denn genau das war der Grund, warum wir mit Rot-Grün 2010 diese Quote nicht mal eben erhöhen konnten. Die kommunalen Spitzenverbände haben uns ganz klar gesagt: Ihr bekommt die Zustimmung zu einer solchen Erhöhung in den nächsten Jahren nicht. – Sie wissen ganz genau, dass das erst Ende des letzten Jahres gelungen ist, nämlich als wir den Kommunen das Angebot gemacht haben, die Landesmittel aus dem Betreuungsgeld hier einseitig einzusetzen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Daher ist es verlogen und unredlich, uns vorzuwerfen, wir hätten nicht rechtzeitig gehandelt. Dieser Vorwurf geht völlig ins Leere. Sie können das auch noch einmal nachlesen. Herr Tenhumberg selbst hat in einer Anhörung am 11. Dezember 2014 den kommunalen Spitzenverbänden vorgeworfen, sie würden sich hier verweigern. Ich zitiere den Kollegen Tenhumberg:

„Sehr kompetente Institute und Träger vertreten eine völlig andere Auffassung zur Konnexität. Glauben Sie nicht“

– als kommunale Spitzenverbände –,

„wenn es um Kinder und Jugendliche geht, sollten Sie den Mut haben, Ihren Gemeinden zu raten, auf ein eventuelles Klagerecht ... zu verzichten ...?“

Das war Ihre Position damals. Von der wollen Sie heute überhaupt nichts mehr wissen.

(Zuruf von Bernhard Tenhumberg [CDU] – Weitere Zurufe)

Wenn es hier darum geht, Vorwürfe zu konstruieren, leiden Sie ja unter Amnesie gepaart mit Wahrnehmungsstörung. Denn jeder kann im Protokoll der Anhörung und in den Stellungnahmen der Sachverständigen zu unserem Gesetz, das wir heute verabschieden werden, lesen, dass alle Akteure im Feld hochzufrieden sind mit dem, was wir machen: mit der Erhöhung der Kindpauschalen und vor allen Dingen auch mit der Ankündigung, das KiBiz endlich abzuschaffen und eine neue gesetzliche Grundlage zu schaffen.

Hier malt die Opposition natürlich wieder ein völlig anderes Bild. Aber eines sei Ihnen gesagt: Wir wissen, dass CDU und FDP ihr missratenes KiBiz im Alleingang durchgepeitscht haben. Wir dagegen gehen anders vor – auch das machen wir besser als die heutige Opposition –: Wir werden alle Beteiligten mitnehmen. Und das machen wir gründlich. Und dafür brauchen wir natürlich Zeit.

(Zuruf von den PIRATEN: Dafür braucht man schon mal zehn Jahre!)

Noch etwas anderes machen wir wesentlich besser: Während der damalige Familienminister Laschet mit klebrigen Händen die Krippenmittel vom Bund im Landeshaushalt hat versickern lassen, sie den Kommunen einfach geklaut hat – die Verfassungsklage dagegen haben Sie ja auch glatt verloren –, machen wir es anders: Wir stellen den Kommunen und den Trägern die Mittel vom Bund vollumfänglich zur Verfügung.

Übrigens im Unterschied zu Bayern, das ja von den Unionskollegen regiert wird: In Bayern wird dieses Geld, das aus dem Betreuungsgeld frei wird, nicht in die Kitas geleitet. Man höre: Es wird in ein Landesbetreuungsgesetz eingespeist. Diese alte Idee aus der Mottenkiste, die vom Bundesverfassungsgericht ausgehebelt wurde, wird in Bayern wiederbelebt. Alle familienpolitisch klar Denkenden sind heilfroh, dass diese unsinnigste aller familienpolitischen Maßnahmen im Bund endlich vom Tisch ist – nur Bayern will Mutti wieder zu Hause am Herd sehen.

Ich bin gespannt: Man hört davon, dass auch die NRW-CDU ein Landesbetreuungsgesetz diskutiert. Mich würde es freuen, wenn Sie das in Ihr Wahlprogramm schreiben würden, denn dann hätten wir ein wunderbares Wahlkampfthema, und es würde sich zum wiederholten Male zeigen, wie irrlichternd die Union in der Familienpolitik ist.

Meine Damen und Herren, für uns steht fest: Wir halten unsere Versprechen. Wir leiten die Bundesmittel für die Kitas komplett weiter. Wir beginnen, die Laschet-Lücke zu schließen. Wir geben 331 Millionen € mehr als alleinigen Landeszuschuss in die Betriebskosten. Hinzu kommt die Erhöhung der jährlichen Dynamisierung der Kindpauschalen auf das Doppelte.

Ich fordere die Opposition auf, diese Leistung der rot-grünen Landesregierung endlich anzuerkennen. Geben Sie Ihre Verweigerungshaltung endlich auf,

(Zuruf von Klaus Kaiser [CDU])

und zeigen Sie sich nicht so hartherzig gegenüber der wichtigen Arbeit unserer Kitas! – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Asch. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Hafke.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir

„müssen ... feststellen, dass die bereitgestellten Mittel allenfalls ausreichen, die klaffenden Lücken nicht noch größer werden zu lassen. Eine Kostendeckung oder gar eine dauerhafte Stabilisierung verspricht der Gesetzentwurf nicht.“

Herr Präsident, hier habe ich – hoffentlich mit Ihrer Erlaubnis – Herrn Ferdinand Claasen vom Katholischen Büro zitiert. Ich glaube, das macht sehr deutlich, wie die Lage eigentlich aussieht. Das macht auch noch einmal deutlich, was wir seit Wochen gefordert haben.

Liebe Kollegin Asch, liebe Kollegin Altenkamp, seit sechs Jahren fordern wir, dass Sie dieses Gesetz evaluieren. Warum fordern wir das?

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Damit Sie aufhören, Politik nach dem Bauchgefühl zu machen, damit Sie das, was wir ins Gesetz geschrieben haben und was diese Regierung gebrochen hat, endlich umsetzen und ein Gesetz nach Fakten evaluieren!

(Beifall von der FDP)

Wenn man das nämlich gemacht hätte, Frau Kollegin Asch, dann wüsste man auch, dass dieses Überbrückungsgesetz, das Sie jetzt auf den Weg bringen, ein Tropfen auf den heißen Stein ist. Das wurde in der Expertenanhörung noch einmal ganz, ganz deutlich.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

Es löst keinerlei Problem.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

– Ich komme dazu, Kollegin Asch. – Es bringt kurzfristig Geld ins System; es löst dort aber nicht ein einziges Problem. Die Auskömmlichkeit, um die es im Ergebnis geht, ist mit diesem Gesetz überhaupt nicht gesichert. Sie verschleppen die Problematik der Kitas um weitere drei Jahre,

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

weil Sie jetzt ein Eckpunktepapier am Parlament vorbei diskutieren,

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Lächerlich!)

um es dann für den Wahlkampf zu nutzen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Dabei wissen Sie, dass Sie nächstes Jahr voraussichtlich gar nicht mehr regieren werden.

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU)

Was haben Sie also in den letzten sechs Jahren in diesem Parlament überhaupt gemacht? Ich frage mich wirklich, was sechs Jahre lang hier in Nordrhein-Westfalen passiert ist.

Sie doktern seit sechs Jahren am Kinderbildungsgesetz herum. Das hat im Übrigen nicht zu Qualitätsverbesserungen geführt – das möchte ich noch mal sehr deutlich auf den Punkt bringen –, es hat eher zu sozialem Unfrieden und Ungleichheit in diesem Land geführt.

(Zuruf von Norwich Rübe [GRÜNE])

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, ich möchte Ihnen das mit einem klaren Argument noch einmal sagen: Sie haben dafür gesorgt, dass zum Beispiel bei dem Thema „Sprachförderung“ mittlerweile eine solche Ungleichheit im Land besteht, dass nur noch 40 % aller Kitas überhaupt von den Mitteln profitieren. Sie lassen 60 % aller Kitas und damit auch 60 % der Kinder im Stich.

(Beifall von der FDP)

Das ist die Politik, die Sie in diesem Land machen. Sie haben in den letzten Jahren die Bürokratie erhöht, sodass mittlerweile jede Erzieherin darunter zusammenbricht. Sie haben elf zusätzliche Pauschalen eingeführt.

Frau Asch, Sie werfen uns immer vor, die FDP hätte keine Vorschläge gemacht. Sie haben in den letzten Ausschusssitzungen offensichtlich wieder nicht zugehört. Ich will das noch einmal ganz klar sagen: Sie haben 160 Millionen € Beitragsfreiheit auf den Weg gebracht, und 100 Millionen € haben Sie einigen Kitas durch plusKITA und Verfügungspauschale wieder zugeführt.

(Ingrid Hack [SPD]: Danke, dass Sie das erwähnen!)

Damit haben Sie im Ergebnis allen Kitas Geld entzogen und falsch verteilt.

(Beifall von der FDP)

Durch die Beitragsfreiheit geht kein Kind zusätzlich in den Kindergarten. Keine Erzieherin wird besser bezahlt. Die Qualität in den Einrichtungen steigt nicht. Man kann jeden Euro nur einmal ausgeben. Deswegen ist die Prioritätensetzung bei Ihnen falsch gewesen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Meine Damen und Herren, wir haben extra eine Anhörung gemacht, weil wir dachten, die Regierung arbeitet ohnehin am Parlament vorbei: mit einem Eckpunktepapier, von dem kein Mensch weiß, wer beteiligt ist und wie es aussieht. Wir haben auch gedacht,

Sie würden mal etwas von der Kritik aufnehmen, die dort geäußert wird.

Denn die Sachverständigen haben sehr klar gesagt, dass die Erhöhung nicht ausreichend ist und die Auskömmlichkeit nicht sichert. Deswegen bringt es auch nichts, sich hier abzufeiern. Die Experten haben zu dem künftigen Kinderbildungsgesetz – oder wie es auch heißt – ganz klar gesagt, sie wüssten auch nicht, auf welcher Datengrundlage da überhaupt etwas passieren soll, weil die Daten fehlen. Keiner der Verbände hat gesagt, dass man zu einer Spitzabrechnung zurück will. Alle haben darum gebeten, dass die Bürokratie zurückgefahren wird.

Da Sie mir und der Union offensichtlich nie glauben, Frau Altenkamp, möchte ich Ihnen noch einmal vorhalten, was die Experten gesagt haben.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Sie von den Sozialdemokraten – das habe ich extra gesagt, weil ich darüber wirklich sauer bin –, einer Fraktion mit 99 Abgeordneten, waren durchgängig mit zwei Abgeordneten in der Anhörung. Das kann man schon kritisieren. Wenn Sie ein solches Gesetz auf den Weg bringen, Ihre Experten kommen und Ihnen Kritikpunkte nennen, erwarte ich, dass Sie diese Punkte mit aufnehmen.

Frau Altenkamp, Herr Kessmann von der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege,

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

– ich sage es Ihnen trotzdem noch einmal; offensichtlich haben Sie es nicht verstanden, sonst würden Sie das Gesetz ja an der Stelle ändern –, hat gesagt: Wir glauben,

„dass es eine Entlastung in der augenblicklichen Situation bringt“

– okay –,

„dass es aber keinesfalls ausreicht, um die aufgetretenen Defizite der Vergangenheit – die fehlende Auskömmlichkeit der Steigerung ... –, auszugleichen.“

Herr Dreyer sagt: Damit ist die Finanzierungslücke bei Weitem nicht geschlossen.

Etwas später heißt es:

„Unsere Berechnungen sind so, dass sich die Defizite weiter entwickeln werden.“

Beate Heeg von Eltern helfen Eltern:

„Auch dieser Gesetzentwurf füllt nicht die Lücken im finanziellen Bereich, die seit acht Jahren entstanden sind.“

Meine Anmerkung: Sechs Jahre davon Rot-Grün!

„Wenn das Geld kommt, wird es ein Tropfen auf den heißen Stein sein, der schnell verpufft.“

Der sehr geschätzte Prof. Rainer Strätz:

„Um es kurz zu machen: Die zusätzlichen Mittel sind sehr begrüßenswert, aber nicht ausreichend.“

Wenn solch eine verheerende Kritik kommt, dann müsste man doch jetzt einmal hingehen und überlegen, wie man das lösen kann.

(Ingrid Hack [SPD]: Das tun wir, und zwar zusammen mit den Trägern!)

Ich habe Ihnen vonseiten der FDP und vonseiten der CDU angeboten, eine Gesetzesänderung mitzutragen, die eine Dynamik beinhaltet, die sich nach Personalkostenindex, nach Raumkostenindex und nach den Mietkosten bemisst und jedes Jahr variiert.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Dann ziehen wir das endlich aus dem Wahlkampf heraus. Dann haben wir eine Auskömmlichkeit. Sie sind aber wieder einmal nicht bereit, das zu machen. Im Ergebnis wird das dazu führen, dass mehr und mehr Träger in finanzielle Schwierigkeiten kommen.

Frau Altenkamp, es bringt nichts, das einfach wegzudiskutieren. Das Erzbistum Köln hat bereits 45 Kindertageseinrichtungen abgegeben. Das ist doch kein Tatbestand, den man hier bewundern und feiern kann. Wir haben eine dramatische Situation im Land. Sie hätten die Chance gehabt, das zu ändern.

Wenn Sie jetzt die Frage aufmachen, wie man diese ganze Dynamik, die wir vorgeschlagen haben, hätte bezahlen können, sage ich ganz klar: Erstens hätten Sie auf gewisse Wahlgeschenke in den letzten sechs Jahren verzichten können; ich habe eben ein Beispiel genannt. Zweitens hätte man Herrn Rimmel beispielsweise nicht mit Wahlgeschenken hinterlegen müssen. Im Landeshaushalt ist genügend Geld da, wenn man ausreichend und klare Prioritäten setzt, Frau Altenkamp. So sieht das nun einmal aus.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Abschließend möchte ich deswegen feststellen:

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Wo streichen Sie? Bei der Polizei? Bei den Lehrern?)

– Wissen Sie was? Das ist ja wieder typisch, dass die Grünen sich aufregen. Sie stocken den Apparat von Herrn Rimmel auf und wundern sich, dass das Geld in den entscheidenden Bereichen des Landes fehlt.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe von den GRÜNEN)

So sieht das aus. Hauptsache die grüne Parteibasis wurde im Ministerium von Rimmel versorgt. So sieht es doch aus. Da fehlt jetzt das Geld an den richtigen Stellen.

(Zuruf von der FDP: So ist es! – Norwich Rüße [GRÜNE]: Das ist ideologischer Wahnsinn!)

– Nein, das sind einfach die Realitäten, können Sie ja im Haushalt nachlesen.

Meine Damen und Herren, die Freien Demokraten werden diesen Gesetzentwurf aus Gründen, die ich gerade vorgetragen habe, nicht mittragen.

Wie erwarten und appellieren an dieser Stelle noch einmal, das Gesetz entsprechend zu ändern, damit die Auskömmlichkeit der Kindertageseinrichtungen gesichert ist, unabhängig davon, wer in Zukunft in diesem Land regiert und was für ein Eckpunktepapier es gibt. Das wäre die Verantwortung, die man heute hier in diesem Haus wahrnehmen muss. Deswegen werden wir diesen Gesetzentwurf ablehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Hafke. – Die Piratenfraktion wird vertreten durch Herrn Wegner.

Olaf Wegner (PIRATEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Menschen im Stream und auf der Tribüne! Herr Peter Wenzel vom Zweckverband Katholische Tageseinrichtungen für Kinder im Bistum Essen beschrieb das Gesetz wie folgt. Ich zitiere:

„Das ist so, als ob meine Tante vor der Tür steht und voller Stolz eine Torte präsentiert, die sie zubereitet hat, und, wenn die Tür dann aufgeht, feststellt, dass die Besucherzahl nicht zu der Torte passt. Wenn man die Stücke aufteilt, ist das Problem nicht gelöst, ...“

Das ist es auch, was wir hier heute erleben durften und wohl auch weiterhin erleben dürfen. Voller Stolz, der zum Teil schon grotesk wirkt, rechnen uns die regierungstragenden Fraktionen die Zutaten für die Torte vor und ignorieren dabei, vor blindem Selbstbewusstsein strotzend, dass die Torte nicht ausreicht.

Natürlich kritisiert niemand die Tante für ihre Torte, obwohl doch jedem bewusst ist, dass die Tante die Anzahl der Besucher und somit den Bedarf kennt.

Der Gesetzentwurf lässt keine Ansätze für eine dringende, notwendige und grundsätzliche Umgestaltung des Finanzierungssystems der Kindertagesbetreuung erkennen. Das ist es aber, was jetzt benötigt wird, statt einer vorübergehenden, fast schon symbolischen Verbesserung. Es braucht eine dauerhafte, auskömmliche und langfristige Regelung für die Kindertagesstätten, ja für die Kinder in diesem Land.

(Beifall von den PIRATEN – Beifall von Christian Haardt [CDU])

Die jetzt zusätzlich bereitgestellten Mittel können nicht die fatale Entwicklung der letzten Jahre kompensieren. Bestenfalls sorgen sie dafür, dass sich die finanzielle Situation der Kindertagesstätten weniger schnell verschlechtert.

Natürlich kann man eine weniger schnelle Verschlechterung immer als Verbesserung der Situation darstellen. Das hat aber trotzdem nicht zur Folge, dass die drohende Katastrophe nicht eintritt, sondern höchstens, dass sie verschoben wird.

Alle Sachverständigen waren sich einig, dass es in den nächsten Jahren zu weiteren Kitaschließungen kommen wird und dass das neue Gesetz höchstens die Anzahl der Kitaschließungen verringert.

Dass die KiBiz-Pauschalen seit Langem mit den tatsächlichen Entwicklungen der Betriebskosten immer weniger Schritt halten, wird von den Experten schon seit Jahren bemängelt. Das wussten Sie auch, liebe Kolleginnen und Kollegen von den regierungstragenden Fraktionen. Die entsprechenden detaillierten Berechnungen waren schon vor zwei Jahren in den Stellungnahmen zur Anhörung vor dem Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend und vor dem Integrationsausschuss am 30. April 2014 nachzulesen.

Ja, Sie haben zusätzliche Mittel in das System gegeben: die Verfügungspauschale, die plusKITA-Finanzierung oder die zusätzliche Sprachförderung. Aber für die Träger bedeuten solche zusätzlichen Förderöpfe doch nicht die gleiche Planungssicherheit. Sie sind außerdem mit einem erhöhten Verwaltungsaufwand verbunden.

Es bleibt also dabei: Die derzeitige massive Deckungslücke in der Kindertagesbetreuung wird durch die Überbrückungsfinanzierung des Landes entlastet, aber nicht ausgeglichen, ja noch nicht einmal reduziert, sondern es wird lediglich das weitere Anwachsen der Deckungslücke verlangsamt.

Das alles ist und war bekannt. Und das alles hätte die gesetzlich vorgeschriebene Evaluation des KiBiz schon im Jahre 2011 aufgezeigt.

Warum hat diese Evaluation nie stattgefunden? – Weil Sie genau wissen, liebe Landesregierung, dass Ihre hochgelobten Finanzmittel einfach nicht ausreichen.

Diese Evaluation hätte übrigens nicht nur die jährlichen Anpassungskoeffizienten untersucht, sondern auch die Bestimmung der notwendigen Personal- und sonstigen Betriebskosten insgesamt.

Sie hätte die wahren Probleme der Träger aufgezeigt: Welche Aufgaben sind in welchem zeitlichen Umfang in den vorgegebenen Arbeitszeiten zu erledigen? Welche pädagogischen Aufgaben sind in den

vergangenen Jahren durch erweiterte Bestimmungen im KiBiz insbesondere zum Bildungsauftrag hinzugekommen? Wie groß ist der damit verbundene erhöhte Zeitaufwand? Welche fachlichen Standards, insbesondere bezüglich der Personal-Kind-Relation sind in den Berechnungen hinterlegt? Und wie verhält sich dies zu den in der wissenschaftlichen Literatur formulierten Standards?

Das, meine Damen und Herren, sind die alltäglichen Realitäten, die in dem nun vorgebrachten Gesetzentwurf nicht berücksichtigt sind. Das geht somit völlig am Bedarf, man kann auch sagen: an der Wirklichkeit vorbei.

Die Torte – und sei sie noch so schön dekoriert und mit noch so viel Aufwand hergestellt –, diese Torte, Frau Ministerin Kampmann, reicht für die Kinder in Nordrhein-Westfalen einfach nicht aus. Es ist und bleibt eine Mogelpackung. Je mehr Sie sich dafür feiern, umso mehr wird es zu einer Mogelpackung. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Wegner. – Und nun spricht für die Landesregierung Frau Ministerin Kampmann.

Christina Kampmann, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Wegner, ich sage Ihnen jetzt einmal, was ich als grotesk empfinde. Das ist nämlich Ihre Tanten-Torten-Metapher, die den Beitrag dieser Mittel zur finanziellen Stabilisierung des gesamten Systems komplett verkennt. Das ist grotesk, und das sollten Sie an dieser Stelle auch einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist grotesk, und das sollten Sie an dieser Stelle auch mal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in unserer letzten Debatte habe ich Ihnen von Waldorf und Statler erzählt, diesen beiden älteren Herren aus der Muppet Show, die immer in ihrer Loge sitzen und nörgeln. Damals habe ich Sie, liebe Opposition, aufgefordert, diese Loge endlich zu verlassen und sich endlich konstruktiv in diese Diskussion einzubringen.

Heute stelle ich fest: Die Welt hat sich weitergedreht, die Anhörung hat inzwischen stattgefunden, die Landesregierung arbeitet täglich an der Weiterentwicklung der Kindertagesbetreuung.

(Marcel Hafke [FDP]: Aber keine Informationen! Am Parlament vorbei!)

Und Waldorf und Statler haben es sich in ihrer Loge so richtig bequem gemacht. Sie zeigen mit dem Finger auf andere und verkennen dabei, dass die Grundlage der gesamten Finanzierungsproblematik in Ihrer Regierungszeit gelegt wurde, lieber Herr Hafke.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Marcel Hafke [FDP]: Sechs Jahre regieren Sie!)

Deshalb fordere ich Sie auf: Wenn Sie Ihre Loge schon nicht verlassen wollen, dann verzichten Sie wenigstens auf den erhobenen Zeigefinger! Denn Nörgeln hat noch kein Kind in diesem Land vorangebracht – wohl aber der stetige Ausbau der Kindertagesbetreuung, der von dieser Landesregierung so wunderbar vorangetrieben wird.

(Marcel Hafke [FDP]: Sie machen es doch genauso! Sie zeigen doch immer mit dem Finger auf andere! Übernehmen Sie doch mal Verantwortung für sechs Jahre Regierung!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, seit dem Regierungswechsel 2010 war die frühe Bildung immer ein Schwerpunkt dieser Landespolitik und dieser Landesregierung. Wir haben erst dafür gesorgt, dass sie den Stellenwert erhalten hat, der ihr tatsächlich gebührt. Denn beste Bildung von Anfang an bedeutet für uns, dass Kinder von Anfang an gleiche Chancen auf gute Bildung haben und dass Bildung unabhängig von der sozialen Herkunft sein muss. Das war und das ist unser Ziel. Und dafür steht diese Landesregierung bis heute.

Mit diesem Gesetz werden wir gemeinsam mit den Kommunen die Kitas in Nordrhein-Westfalen entlasten. Das ist – da haben Sie ja recht – auch unbedingt notwendig; denn das KiBiz hatte einen schwerwiegenden Geburtsfehler: Die Kindpauschalen wurden unabhängig von den tatsächlichen Kostensteigerungen immer nur um 1,5 % erhöht. Das war von Anfang an zu wenig. Es ist diese Landesregierung, die dafür Sorge getragen hat, dass es eben keinen Kitakollaps in diesem Land gibt, sondern dass mehr als eine halbe Milliarde Euro zusätzlich in die Kitas gesteckt wird.

(Beifall von der SPD)

Die Verhandlungen mit den Kommunen – das möchte ich auch sagen – waren nicht einfach. Aber die Kommunen sind ihrer Verantwortung auch in diesen schwierigen Zeiten gerecht geworden. Dafür möchte ich den Kommunen auch an dieser Stelle ganz herzlich danken.

Sie sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition: Sie blockieren, wir gehen voran; Sie wollen jetzt Wahlkampf machen, wir, die Kommunen und die Landesregierung, übernehmen Verantwortung für die Kinder und die Familien in diesem Land. Das ist der entscheidende Unterschied: Wir

denken in der Familienpolitik nach vorne, während Sie sich mit reiner Taktik begnügen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist noch nicht lange her, da stand Armin Laschet im Plenum an dieser Stelle und sagte – ich zitiere –:

„Natürlich haben wir keine eigenen Landesmittel aufgelegt. ... Wir haben gesagt, wir rufen erst einmal alle Bundesmittel ab. ...“

(Marcel Hafke [FDP]: Nicht mit dem Finger auf andere zeigen!)

– Ich erzähle Ihnen nur die Fakten, Herr Hafke.

„Das ist doch eine Logik, die im Interesse des Landes liegt.“

Das ist der Unterschied zwischen der Vorgängerregierung und der jetzigen Landesregierung:

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Marcel Hafke [FDP]: Nicht mit dem Finger auf andere zeigen!)

Wir haben eigene Landesmittel aufgelegt – Herr Hafke, ich sage es Ihnen noch einmal, damit Sie es nicht immer wieder falsch sagen –,

(Marcel Hafke [FDP]: Ja, ja, Finger auf andere!)

denn wir wissen – frei nach Kennedy –: Es gibt nur eines, was auf Dauer teurer ist als Bildung, und das ist keine Bildung.

Deshalb investieren wir in die Zukunft unseres Landes. Wir tun etwas für Kinder und Familien in Nordrhein-Westfalen. Denn wir wissen, das ist die Logik, die tatsächlich im Interesse unseres Landes liegt. Wir haben die Mittel für die frühe Bildung seit 2010 daher mehr als verdoppelt: auf über 2,5 Milliarden €.

Herr Hafke, so viel zu Ihrem Vorwurf, wir würden die finanziellen Prioritäten falsch setzen.

(Marcel Hafke [FDP]: Tun Sie!)

Das ist absoluter Humbug. Das können Sie an dieser Zahl ganz deutlich sehen; da gibt es auch überhaupt nichts wegzudiskutieren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben die Verbesserung beim KiBiz nahezu allein aus Landesmitteln finanziert. Und wir sind sehr froh, dass die Kommunen trotz knapper öffentlicher Kassen wieder mit ins Boot gekommen sind, damit wir jetzt auch bei der Dynamisierung der Pauschalen vorankommen.

Wir haben uns jetzt mit den Kommunen zusammengesetzt. Wir sind gemeinsam zu Ergebnissen gekommen, die die Träger deutlich entlastet werden. Diese gemeinsamen Ergebnisse werden wir jetzt

auch zügig umsetzen, damit – und das ist wichtig – diese Entlastungen tatsächlich zum neuen Kindergartenjahr spürbar werden.

Wir werden jetzt gemeinsam mit den Kommunen eine Verdoppelung der Steigerungsraten der Kindpauschalen für die nächsten drei Jahre vornehmen. Und – die Kollegin Altenkamp hat es schon gesagt – wir werden insgesamt 431 Millionen €, die wir nach dem Wegfall des Betreuungsgeldes für drei Jahre vom Bund bekommen haben, vollständig in die Kitas stecken –

(Marcel Hafke [FDP]: Wann denn?)

im Gegensatz zu anderen Bundesländern; auch das ist schon angeklungen.

Zusätzlich zu den Mitteln aus dem Betreuungsgeld werden wir 200 Millionen € Landesmittel einsetzen. Wir werden also zusätzliche Zuschläge auf die Kindpauschalen für alle Träger von Kindertageseinrichtungen zahlen. Diese Zuschläge entlasten die Träger.

Mit diesem Gesetz werden wir in den kommenden drei Kindergartenjahren die gesamte Finanzierung von Einrichtungen und die Kindertagespflege allein landesseitig mit mehr als einer halben Milliarde Euro unterstützen.

Aus der Anhörung im Ausschuss vor zwei Wochen konnten wir ganz klare Botschaften mitnehmen.

(Marcel Hafke [FDP]: Dass das Geld nicht ausreicht, das war die Botschaft!)

Die eine Botschaft war, dass unsere Verbesserungen absolut in die richtige Richtung zielen und dass das finanzielle Engagement des Landes an dieser Stelle ganz ausdrücklich anerkannt wird; denn es führt zur Stabilisierung des Finanzierungssystems

(Marcel Hafke [FDP]: Wir haben schon zugehört!)

und zu einer effektiven Entlastung der Träger. Das ist jetzt wichtig. Das hat diese Landesregierung erkannt. Mit diesem Gesetz leisten wir deshalb einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung der Kindertagesbetreuung. Dafür bin ich sehr dankbar, und ich freue mich jetzt auf die weitere Debatte.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Kampmann. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Kollege Dr. Maelzer.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn wir uns die Anhörung zu dem Gesetz, das wir heute debattieren, in Erinnerung rufen, dann war es in der Tat ein Tenor, der sich unisono durch alle Stellungnahmen zog. Der

lautete: Es ist gut, dass Nordrhein-Westfalen die Mittel aus dem Betreuungsgeld jetzt komplett in den Elementarbereich gibt. Andere Länder tun das nicht. Allein aus diesen Mittel fließen 331 Millionen € zusätzlich für die Qualität in unsere Kitas.

Herr Tenhumberg, Sie haben zu vielem gesprochen, nur nicht zu diesem Gesetz. Das ist auch klar; denn wenn es nach Ihnen, der CDU, gegangen wäre, hätte es diese Millionen für den Kitabereich doch niemals gegeben. Es war die Union, die das Betreuungsgeld eingeführt hat, das nur den Familien zugutekam, die ihre Kinder nicht in die Kita schicken wollten.

Wir haben hier mehrfach über das Betreuungsgeld debattiert. Dieser Landtag hat das Betreuungsgeld immer abgelehnt – mit einer Ausnahme: der CDU. Es war niemand anderer als Ihr Fraktionsvorsitzender und Parteichef Armin Laschet, der in der CDU-Programmdebatte das Modell eines Landeserziehungsgeldes gelobt hat, also nichts anderes als ein Betreuungsgeld auf Landesebene. Machen Sie also in dieser Debatte niemandem etwas vor! Mit der CDU hätte es dieses Geld für die Kitas niemals gegeben!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Allerdings hätten die Familien in Nordrhein-Westfalen weniger gehabt. Denn ihnen wollen Sie – genauso wie die FDP – das beitragsfreie Kitajahr wegnehmen.

Zusätzliches Geld für die Kitas wird hingegen die Verdopplung der Dynamisierung der Kindpauschalen auf 3 % bringen.

In der Debatte hat insbesondere die FDP angeführt, dass sie sich eine indexbasierte Dynamisierung wünscht. Da sind wir doch gar nicht weit entfernt.

(Marcel Hafke [FDP]: Dann macht es doch!)

Das ist unter anderem eine Idee von uns. Darum will ich das auch gar nicht schlechtreden.

Man muss aber doch eines konstatieren: Wie sind denn die 3 % zustande gekommen? Es war ein Kompromiss mit den kommunalen Spitzenverbänden. Die kommunalen Spitzenverbände wollten zunächst einmal eine Einigung, die Planungssicherheit für die Haushalte bedeutet. Das muss man und das kann man auch akzeptieren. Gut und entscheidend ist, dass wir die Kommunen jetzt wieder im Boot haben, dass sich Land und Kommunen zu der gemeinsamen Verantwortung der Weiterentwicklung der frühkindlichen Bildung bekennen. Darum ist das ein gelungener Kompromiss. Das ist insbesondere deshalb so – das weiß man ja –, weil die 3 % nicht aus der Luft gegriffen sind, sondern die durchschnittliche Kostensteigerung der vergangenen Jahre waren.

Aus der Luft gegriffen, liebe CDU, war allerdings Ihr Vorschlag, die Dynamisierung auf 2,5 % anzuheben. Das ist wirklich putzig: Die CDU ist wahrscheinlich

die einzige Partei, die uns dafür kritisiert, dass wir Ihre eigenen Forderungen übererfüllen.

Zwei Grundmuster haben sich in den letzten Monaten durch die Debatte gezogen: Sie wollen eine Evaluation, und Sie reden die zusätzlichen Mittel, die in die Kitas geflossen sind, schlecht.

Ich rufe jetzt wieder die Anhörung in Erinnerung: Die Fachleute wollen eines nicht – das müssen Sie doch zur Kenntnis nehmen –, nämlich dass wir jetzt einen jahrelangen Evaluationsprozess beginnen. Aber, Herr Hafke, andere fordern mehr Geld, Sie fordern eine Evaluation. Das ist der Nenner, auf den man es bringen kann.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wie sieht die Politik für Kinder und Familien seit unserer Regierungsübernahme 2010 aus? – Sie haben dafür gesorgt, dass Kitabeiträge steigen. Wir haben das letzte Kitajahr beitragsfrei gestellt. Sie haben im Haushalt keine Vorsorge für den U3-Ausbau geschaffen. Wir haben den U3-Rechtsanspruch gemeinsam mit den Kommunen und Trägern umgesetzt. Sie haben Spargesetze gemacht. Wir haben die Mittel für unsere Kitas verdoppelt; und dazu kommen jetzt noch die zusätzlichen Mittel durch das Betreuungsgeld.

Herr Hafke, Sie haben eben kritisiert, dass unter Rot-Grün elf zusätzliche Pauschalen eingeführt wurden. Ja! Das heißt: Elfmal zusätzliches Geld für die Qualität in unseren Kitas.

Dass diese Politik wirkt, das zeigen doch die jüngsten Studien der Bertelsmann Stiftung. Die Betreuungsrelationen in nordrhein-westfälischen Kitas haben sich verbessert. Besonders zeigt sich das im U3-Bereich, wo wir gezielt zusätzliche Mittel hineingegeben haben. Hier liegt Nordrhein-Westfalen mittlerweile auf Platz 3 im Bundesvergleich.

Aber es ist klar: Das reicht uns noch nicht. Darum sind wir uns auch mit allen Fachleuten einig: Wir brauchen mehr finanzielle Mittel für diesen Bereich.

(Marcel Hafke [FDP]: Alles super!)

– Herr Hafke, wenn Sie es einmal schaffen würden, zuzuhören und das Ganze dann auch noch in Erkenntnis umzusetzen, dann wäre uns allen hier viel geholfen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Marcel Hafke [FDP]: Haben Sie in der Anhörung zugehört?)

Wir brauchen vor allen Dingen ein grundsätzlich überarbeitetes Gesetz. Herr Tenhumberg, Sie sind, glaube ich, der einzige Mensch in Nordrhein-Westfalen, der heute immer noch behauptet, dass das KiBiz ein gutes Gesetz gewesen sei. Wir brauchen ein neues Gesetz, das Erzieherinnen und Erzieher, Träger und Familien entlastet. Dafür benennen wir jetzt

die Eckpunkte. Und das machen wir jetzt, weil wir jetzt die Kommunen wieder mit im Boot haben. Ich bin mir sicher, dass wir gemeinsam mit den Kommunen etwas Gutes zustande bringen werden. Ich bin froh, dass wir in der Debatte mittlerweile so weit sind. Die Opposition hat leider wenig dazu beigetragen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Maelzer. – Für die CDU-Fraktion hat sich noch einmal Herr Kollege Tenhumberg zu Wort gemeldet.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Beim letzten Redebeitrag habe ich mir gewünscht, dass mein Kollege aus der SPD-Fraktion, Wolfgang Jörg, diese Rede gehalten hätte. Dann hätte ich wenigstens mehr Sachkompetenz gehört.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD: Oh! – Achim Tüttenberg [SPD]: Das können Sie gar nicht unterscheiden!)

Ich gehe gar nicht auf die einzelnen Behauptungen ein, die völlig daneben waren. Man sollte unsere Anträge einmal lesen.

Sie haben von der Bertelsmann Stiftung gesprochen. Ich weiß nicht, was Sie gelesen haben. Ich zitiere:

„Dem jüngsten Kita-Ländermonitor der Bertelsmann-Stiftung zufolge bleibt Nordrhein-Westfalen auf einem der hinteren Ränge im Ländervergleich.“

Was zitieren Sie da eigentlich? Ich verstehe das überhaupt nicht mehr. Sie holen sich irgendetwas aus irgendwelchen Unterlagen heraus und sagen: Das ist die Wahrheit.

(Marcel Hafke [FDP]: Schlusslicht!)

Ich hab doch schon in meiner Eingangsrede gesagt: Hören Sie auf mit den verfälschenden Darlegungen! Hören Sie damit auf!

Ich komme zur Frau Ministerin. Frau Ministerin, seit sechs Jahren sind Sie in der Regierung. Jetzt kündigen Sie mal wieder was an. Das haben Sie auch 2011 und 2014 gemacht. Sie kündigen an, kündigen an und kündigen an. Und was kommt dabei heraus? – Nichts! Gar nichts!

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD: 2 Milliarden!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege Tenhumberg, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Dr. Maelzer?

Bernhard Tenhumberg (CDU): Nein.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Frau Ministerin, seit sechs Jahren sind Sie in der Regierung. Ihre Rede war wieder standardisiert. Sie sind gar nicht auf meine Fragen oder auf die von Herrn Hafke eingegangen. Wir haben ja einige Fragen gestellt. Dazu hätten Sie Stellung nehmen können.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Kern?

Bernhard Tenhumberg (CDU): Ja, die lasse ich zu.

Vizepräsident Oliver Keymis: Oijoi! Oijoi!

(Unruhe)

Herr Kollege Kern, bitte schön.

Walter Kern (CDU): Danke, Herr Tenhumberg. – Sie hatten gerade auf die Sechsjahresfrist angespielt. Eben hat Frau Asch in ihrem Wortbeitrag gesagt: Wir halten unsere Versprechen. – Herr Mostofizadeh hat im September 2015 gesagt: Wir werden die gesetzlich festgelegte jährliche Erhöhung der Kindpauschale von 1,5 % den tatsächlichen Kostensteigerungen in den Kitas anpassen müssen. – Das ist eine Aussage des Fraktionsvorsitzenden. Wie sehen Sie diese beiden Aussagen unter dem Aspekt des Versprechens?

Bernhard Tenhumberg (CDU): Lieber Kollege Walter Kern, ich glaube den Grünen, wenn sie Weihnachtsbäume versprechen, aber wenn es um Kinderbelange geht, dann glaube ich den Grünen überhaupt nichts mehr.

(Beifall von der CDU und der FDP – Widerspruch von den GRÜNEN – Zurufe von der SPD: Oh! – Marc Herter [SPD]: Sauber versemelt die Antwort! – Jochen Ott [SPD]: Schlecht abgesprochen! – Weitere Zurufe)

Denn eines ist doch in diesen Redebeiträgen in der Anhörung ...

(Fortgesetzt Zurufe)

– Ich wusste gar nicht, dass Sie so große Fans von Weihnachtsbäumen sind. Das ist ja wunderbar!

(Heiterkeit und Beifall von der CDU)

Eines ist doch deutlich geworden – das habe ich der Ministerin schon gesagt –: Die Versprechungen häufen sich, und das, was dabei herauskommt, ist nichts –

(Widerspruch von der SPD)

oder wenig, vorsichtig gesagt.

(Zuruf von der SPD: Wir halten, was wir versprechen!)

Es ist kein Qualitätsgewinn gewesen. All diese Bemerkungen und Versprechungen sind wie Seifenblasen zerplatzt. Das wird auch deutlich an den Versprechungen, die heute wieder gegeben worden sind, mit Blick auf die Zeit nach der Wahl. So betrachte ich auch die Zusage der Reform 2019. Das ist doch ein Versprechen, vom dem Sie gar nicht wissen, ob Sie es einhalten können. Sie wissen doch gar nicht, wie die Regierung zukünftig aussieht.

(Jochen Ott [SPD]: Na klar! – Andrea Asch [GRÜNE]: Wir wissen sicher, dass Sie das nicht machen! Das wissen wir! – Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Dann posaunen Sie heraus: Wir versprechen, wir machen. – Das haben Sie 2011 getan. Das haben Sie 2014 getan. Die Leier kennen wir zur Genüge.

Interessant war bei der Frau Ministerin, die noch nicht so ganz lange Ministerin ist, dass sie hervorhebt, man werde jetzt erst die Bundesmittel verwenden. Da klingelt doch bei uns etwas.

(Heiterkeit von der SPD und den GRÜNEN – Jochen Ott [SPD]: Hey! – Zuruf von der SPD: Endlich!)

Wer hat das denn kritisiert? Lieber Kollege Wolfgang Jörg, soll ich die Protokolle heraussuchen?

(Wolfgang Jörg [SPD]: Ja!)

Wer hat kritisiert, dass wir damals die 400 Millionen € Bundesmittel als Erstes für den Ausbau der Kitaplätze verwendet haben?

(Zuruf von den GRÜNEN: Er hat nicht mal zugehört!)

Wer hat das kritisiert?

(Wolfgang Jörg [SPD]: Keine eigenen Landesmittel!)

Jetzt macht die Ministerin das Gleiche. Das ist schön zu hören. Das ist eine wunderbare Pose.

Frau Ministerin: „deutlich entlastet“ – wie kann man so etwas sagen? Träger werden deutlich belastet. Die Träger haben per Stichtag 31. August oder 31. Juli – wie Sie es nehmen wollen – dieses Jahres ein Defizit vom Bug von 400 Millionen €. Und Sie erhöhen dieses Defizit per Mitte oder Ende 2019 auf 800 Millionen € – nach dieser Reform; ohne die Reform wäre es noch mehr.

Wie können Sie da sagen, Sie würden deutlich entlasten? Die Schulden steigen weiter bzw. die Mehrbelastung in Kitas wird größer, die Qualität sinkt oder man schafft Angebote ab. Und Sie sagen, Sie entlasten?

(Marc Herter [SPD]: Können Sie das mal aufmalen?)

Wenn die Verschuldung verdoppelt wird, entlasten Sie?

(Marc Herter [SPD]: Können Sie das mal aufmalen, Herr Tenhumberg? – Heiterkeit von der SPD)

Welche Begrifflichkeit wird in Ihrem Haus eigentlich genutzt? Hat denn dieses Ministerium gar keine Ahnung von Betriebswirtschaft mehr? Gar keine mehr?

(Britta Altenkamp [SPD]: Echter Sport! – Zuruf von der SPD: Es muss sich ja lohnen, ins Plenum zu gehen! – Weiterer Zuruf von der SPD: Mit Manuskript wird es besser! – Weitere Zurufe)

Zu den Versprechungen: Ihre Vorgängerin hat bezüglich der veränderten Kindpauschalen mit Schreiben vom 26. August 2014 festgestellt,

(Nadja Lüders [SPD]: Wir sind in 2016!)

dass eine umfassende Neugestaltung des Finanzierungssystems durch das Land nicht zu realisieren sei.

(Lachen von Nadja Lüders [SPD])

Das gelte auch für die Anhebung der jährlichen Anpassung der Kindpauschalen. – Schön, jetzt kann sie mehr. Der Finanzminister gibt sehr wahrscheinlich mehr Kohle. Jetzt kann sie mehr.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das Parlament gibt das Geld! Das sollten Sie in gut 20 Jahren im Parlament gelernt haben!)

Die Vorgängerin war dazu nicht in der Lage. Aber diese Ministerin kann es.

Bei der Anhörung wurde suggeriert, es seien keine Anträge von CDU und FDP gekommen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Keine Haushaltsanträge! – Nadja Lüders [SPD]: Haushalt! – Sigrid Beer [GRÜNE]: Finanzen! – Weitere Zurufe)

– Entschuldigung, Sie haben gesagt: Wo sind denn Ihre Anträge?

(Stefan Zimkeit [SPD]: Haushaltsanträge!)

Dann wird irgendetwas von 2,5 % und 3 % gesagt. Sagen Sie mal: Wo steht denn im Antrag 2,5 %?

(Andrea Asch [GRÜNE]: Eine Zahl steht im Antrag!)

Wo steht hier: 2015 – 2,5 %? Wo steht hier: 2014 – 2,5 %? Wo steht hier: 2013 – 2,5 %?

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Sind das Haushaltsanträge?)

Können Sie nicht mehr lesen? Was behaupten Sie hier?

Wir haben eine Dynamisierung nach Indexformel gefordert. Das steht hier schriftlich.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Haushalt!)

Lesen Sie unsere Anträge und behaupten Sie nicht so ein dummes Zeug!

(Beifall von der CDU und der FDP – Sigrid Beer [GRÜNE]: Das sind Einsparungen im Haushalt! – Jochen Ott [SPD]: Die Dinger sind unlesbar!)

Meine Damen und Herren, Sie tun so, als hätte ich die kommunale Gemeinschaft kritisiert.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Ja, und die Träger!)

Ich habe darauf hingewiesen, dass auch die Kommunen in der Kinderpolitik in der Verantwortung sind und dass sich jeder Bürgermeister verdammt noch mal um die Kinder in seiner Kommune zu kümmern hat. Das darf ich doch sagen. Was ist denn daran falsch?

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Stefan Zimkeit [SPD]: Sie haben gesagt, die Kommunen gäben kein Geld für Kinder!)

Das ist doch eine Selbstverständlichkeit. Manche rote Bürgermeister haben das vielleicht vergessen. Es ist auch eine kommunale Aufgabe, sich um Kinder zu kümmern. Und man darf höflich daran erinnern, dass jeder Bürgermeister dafür etwas tun muss und sich aktiv dafür einsetzen soll. Wenn das in diesem Hohen Hause kritisiert wird, dann verstehe ich überhaupt nichts mehr. Dann darf man wohl nicht Kinderpolitiker sein.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, dass die Misere dramatisch ist, das können Sie an den verschiedenen Publikationen sehen. Die AWO sagt seit 2012 – nicht seit 2008 –: Defizitär! Katastrophale Situation! – Der KiTa Zweckverband im Bistum Essen sagt seit 2011, seitdem Rot-Grün regiert: Katastrophale Situation! – Die Wohlfahrtspflege hat dargelegt: Seit 2011 defizitär, seit Rot-Grün! – Das Katholische Büro hat gesagt: Seit 2011 defizitär, seit Rot-Grün!

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Die Bistümer der katholischen Kirche haben gesagt: Die Zahlen ab 2011 sind defizitär! – Das Bistum Paderborn sagt: Ab 2010 defizitär!

(Stefan Zimkeit [SPD]: Genau! Ab 2010! – Weitere Zurufe)

Meine Damen und Herren, jetzt sagen Sie mal: Wer hat damals eigentlich regiert? Wir oder Sie?

(Beifall von der CDU – Norwich Rüße [GRÜNE]: Sie müssen doch selbst lachen dabei! – Weitere Zurufe)

Meine Damen und Herren, ich stelle fest: Seitdem Rot-Grün regiert, werden rote Zahlen produziert, die zulasten unserer Kinder gehen. Das ist unverantwortlich! Hören Sie auf mit dieser miserablen Politik!

(Lebhafter Beifall von der CDU – Jochen Ott [SPD]: Peinlich! – Zuruf von der SPD: Der Redner hat redlich gekämpft! – Weiterer lebhafter Widerspruch von der SPD und den GRÜNEN – Marcel Hafke [FDP]: Es wäre schon gut, wenn SPD und Grüne Verantwortung übernehmen würden! – Weitere Zurufe)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Tenhumberg. – Wenn sich alle beruhigt haben, haben wir Zeit, dem nächsten Redner zuzuhören. Das ist für die Piratenfraktion Herr Düngel.

Daniel Düngel (PIRATEN): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist gerade schön laut hier. Ich mag es durchaus, wenn hier ein bisschen Stimmung ist. Das ist ja auch ein kontroverses Thema.

Ich möchte einfach noch mal festhalten: Wir Piraten sind jetzt seit vier Jahren hier im Landtag. Diese Diskussion, die wir heute führen, die führen wir quasi monatlich.

(Zuruf)

– Ja, da sind die ersten qualifizierten Zurufe, sehr gut. – Wir halten fest: Das KiBiz, das Schwarz-Gelb hier seinerzeit geschaffen hat, hat ganz viele Konstruktionsfehler, die auch damals schon bekannt waren. Eine in Kauf genommene Unterfinanzierung für die Kitas ist damals auf den Weg gebracht worden. Das ist hier doch gemeinsamer Wissensstand.

Ich verstehe ja Schwarz-Gelb, ich verstehe die CDU und die FDP-Fraktion, dass sie versuchen, dieses Gesetz irgendwie zu rechtfertigen. Aber, liebe regierungstragende Koalition, jetzt kommen Sie natürlich ins Spiel. Seit 2010, also zwei Jahre, nachdem dieses Gesetz geschaffen wurde, sind Sie hier in die Verantwortung. Und wenn ich jetzt den Blick nach vorne wage und sage, es kommt in der nächsten Wahlperiode zu einer, sagen wir mal, rot-grünen Landesregierung, ...

(Zurufe von der SPD)

– Ja, das ist ein gewagter Ausblick, aber ich wage ihn trotzdem.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Mit Ihnen werden wir uns auf keinen Fall koalieren können!)

Wenn es zu dieser Landesregierung kommt und Sie ein neues Gesetz schaffen, das möglicherweise

2018 oder 2019 in Kraft tritt, dann haben Sie für diesen Prozess tatsächlich acht, vielleicht neun Jahre gebraucht. Ich kann verstehen, dass ein Gesetzentwurf seine Zeit braucht, ich verstehe auch, wenn ein Gesetzentwurf ein oder zwei Jahre braucht. Acht oder neun Jahre sind da allerdings deutlich zu viel.

(Beifall von den PIRATEN, der CDU und der FDP)

Frau Ministerin Kampmann, sich hier vorne hinzustellen und zu sagen: „Wir übernehmen Verantwortung“ – das ist wortwörtlich das, was Sie gesagt haben –, das ist keine Übernahme von Verantwortung. Sie stellen sich anderthalb Jahre vor Ende dieser Legislaturperiode hierhin und sagen: Ja, wir machen ein neues Kindergartengesetz, aber erst in der nächsten Wahlperiode. – Das ist Wegschieben von Verantwortung in eine ungewisse Zukunft.

(Beifall von den PIRATEN, der CDU und der FDP)

Und das ist verantwortungslos, Frau Ministerin.

Einen Satz noch: Hier wird ständig über irgendwelche Haushaltsanträge gesprochen. Wir Piraten waren es, die im Jahr 2014 Haushaltsanträge gestellt haben. Wir wollten schon damals die Kindpauschale erhöhen. Das ist hier im Hohen Hause, ich sage mal, belächelt worden: Das ginge überhaupt nicht und wäre nicht nötig gewesen. – Wäre diese Situation aber bereits im Jahr 2014 in Angriff genommen worden, dann wären die Träger heute nicht in dieser Misere, würden nicht mit dem Rücken an der Wand stehen, ohne zu wissen, wie die Zukunft der Finanzierung aussieht.

Ihr Gesetz ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Es ist gut, dass den Trägern Gelder zur Verfügung gestellt werden. Es ist längst nicht ausreichend. Und – noch einmal – es ist verantwortungslos, die neue Kita-Gesetzgebung in die ungewisse Zukunft zu schieben. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Düngel. – Für die Landesregierung hat sich noch einmal Frau Ministerin Kampmann zu Wort gemeldet. Bitte sehr.

Christina Kampmann, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Vielen Dank, Herr Präsident. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Uns ist vollkommen klar, dass wir eine Reform des jetzigen Finanzierungssystems brauchen. Wir wissen ganz genau, dass wir das jetzt in Angriff nehmen müssen, und zwar ohne Verzögerung durch eine weitere Evaluationsschleife, wie sie im CDU/FDP-Antrag gefordert wird.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Denn Sie waren, glaube ich, auch dabei – das haben Sie eben auch schon gesagt –, als bei der Anhörung das Votum der Sachverständigen erklungen ist,

(Marcel Hafke [FDP]: Machen Sie die Daten transparent!)

die nämlich nahezu einstimmig gesagt haben: Wir brauchen keine weitere Evaluation.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Denn die Sachverständigen wissen im Gegensatz zu Ihnen ganz genau, dass mit Ihren Evaluationsfantasien, Herr Hafke, keinem Kind in diesem Land geholfen ist.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Düngel, wir haben gesagt: Wir wollen uns bis Ende dieses Jahres auf Eckpunkte verständigen, und zwar auf solide Eckpunkte, die eine transparente, eine bedarfsgerechte und eine ehrliche Finanzierung gewährleisten. Wir werden das in den kommenden Wochen und Monaten auch schaffen, und zwar mit allen Beteiligten, natürlich auch mit Vertreterinnen und Vertretern der Eltern und des Personals. Wir wissen auch, dass wir uns ebenso um die Sicherung der Qualität kümmern müssen, dass wir die Qualität für die Kinder im Auge haben müssen. Das ist und das bleibt unser wichtigstes Ziel. Wir möchten jetzt zügig zu Ergebnissen kommen.

(Marcel Hafke [FDP]: Dann machen Sie doch mal!)

Wenn Ihnen und Herrn Tenhumberg das zu lange dauert, dann sage ich Ihnen: Wir nehmen uns die Zeit, die wir brauchen, weil wir im Gegensatz zu Ihnen ein Gesetz machen wollen, dessen Halbwertszeit länger als der Wahrheitsgehalt Ihrer Aussagen in diesem Parlament ist.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie mich fragen: Müssten wir der Opposition so kurz vor den Ferien ein Zeugnis ausstellen, so müssten Sie das Jahr wohl wiederholen.

Ich fordere Sie auf: Beenden Sie Ihre Opposition der Ideenlosigkeit, und gestalten Sie mit uns die gute Familienpolitik, die wir in diesem Land machen! Dann kommen wir auch gemeinsam voran, lieber Herr Hafke.

Ganz vielen Dank für Ihr Zuhören, haben Sie eine schöne Sommerpause!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: So weit sind wir leider noch nicht, Frau Ministerin. Aber die Sommer-

pause naht. Doch vorher müssen wir hier noch einiges abarbeiten. Erstens ist eine Kurzintervention angemeldet, Frau Ministerin Kampmann. Sie müssten also bitte noch einmal ans Pult kommen und Antwort und womöglich auch Rede stehen. Dazu hat sich der Kollege Tenhumberg gemeldet.

(Zurufe von der SPD)

Er möchte gerne noch die Redezeit von 1 Minute 30 in Anspruch nehmen, um das zu sagen und zu fragen, was er immer schon mal sagen und fragen wollte. – Herr Tenhumberg, Sie haben das Wort.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Bernhard Tenhumberg (CDU): Herr Präsident! Liebe Ministerin, Sie haben ja auf meine Frage hin gesagt, dass Sie in Gesprächen seien. Ich hatte genauso wie die FDP gebeten, uns mal den Sachstand dieser Gespräche mitzuteilen: Mit wem sprechen Sie? Seit wann sprechen Sie mit denen? – Bisher haben wir keine Rückäußerung von Ihnen bekommen. Sind Sie in der Lage, uns heute in diesem Hohen Hause mitzuteilen, wie denn der Stand der Gespräche ist, die Sie gerade angedeutet haben, die vorhanden sein sollen?

Die zweite Sache, Frau Ministerin, Sie wollen trotz der Schwierigkeiten die Qualität in den Kitas erhalten und steigern. Ich hatte in meinen Reden darauf hingewiesen.

Jetzt lesen wir ja von Bertelsmann und anderen Instituten, dass Ihnen knapp 16.000 Erzieherinnen und Erzieher fehlen, die eigentlich die Qualität sichern sollen. Haben Sie ein Konzept, wie Sie Personal gewinnen können?

Christina Kampmann, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Vielen Dank, lieber Herr Tenhumberg. Wenn Sie meinen Ausführungen eben aufmerksam gelauscht hätten, dann hätten Sie mitbekommen, dass ich durchaus darauf eingegangen bin, mit wem wir die Gespräche führen. Ich habe gerade zwei Sätze zuvor gesagt, dass wir auch mit Vertreterinnen und Vertretern der Eltern und des Personals reden. Natürlich sprechen wir auch mit den kommunalen Spitzenverbänden.

Natürlich machen wir uns im Verlauf der Diskussionen zu diesem neuen Gesetz auch Gedanken darüber, wie wir dafür sorgen können, dass wir weiterhin genug qualifizierte Erzieherinnen und Erzieher in diesem Land haben. Ich muss Ihnen sagen: Ich bin optimistisch. Deshalb: Vertrauen Sie der guten Arbeit der Regierung und der regierungstragenden Fraktionen an diesem Punkt!

(Lachen von der CDU und der FDP)

Ich glaube, wir haben Sie bisher nie enttäuscht. Das haben wir auch in Zukunft nicht vor, Herr Tenhumberg.

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Kampmann. – Jetzt liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen zu zwei Abstimmungen.

Erstens: zum Gesetzentwurf Drucksache 16/11844. Der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend hat in der Drucksache 16/12380 empfohlen, diesen Gesetzentwurf in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wir kommen somit zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung und nicht über den Gesetzentwurf selbst. Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung zu? – SPD und Grüne stimmen zu. Wer stimmt dagegen? – FDP und CDU stimmen dagegen. – Wer enthält sich? – Es enthalten sich die Fraktion der Piraten und Herr Schwerd, fraktionslos.

(Zurufe von der FDP – Gegenrufe von den GRÜNEN – Unruhe)

– Das Abstimmungsergebnis war eindeutig. Aber es ist schön, dass Sie sich noch einmal darüber unterhalten.

(Anhaltende Unruhe)

– So, wie Sie sich hier miteinander verständigen, Kolleginnen und Kollegen, können Sie eigentlich auch gemeinsam in Urlaub fahren. Wir sind aber noch nicht so weit.

(Heiterkeit und Beifall von allen Fraktionen)

Wir kommen zur zweiten Abstimmung.

(Zurufe)

– Nein, das Ergebnis ist eindeutig. Ich wiederhole es, auch wenn es manchem nicht gefällt. Wir haben eine Mehrheit für die Beschlussempfehlung von SPD und Grünen bei Gegenstimmen von CDU und FDP sowie Enthaltungen der Piratenfraktion und des fraktionslosen Kollegen Schwerd. Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 16/12380 angenommen** und der **Gesetzentwurf Drucksache 16/11844 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses in zweiter Lesung verabschiedet**.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zweitens kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 16/11896. Der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend empfiehlt in Drucksache 16/12381, diesen Antrag abzulehnen. Also stimmen wir hier über den Antrag und nicht über die Beschlussempfehlung ab. Wer ist für diesen Antrag? – CDU, FDP und die

Fraktion der Piraten. Wer ist gegen diesen Antrag? – SPD und Grüne. Wer enthält sich? – Herr Schwerd. Ich freue mich über eine Enthaltung des fraktionslosen Abgeordneten. Damit ist der **Antrag Drucksache 16/11896** mit der Mehrheit des Hohen Hauses **abgelehnt**.

Tagesordnungspunkt

3 Erbschaftsteuerreform – Landesregierung darf Kompromiss nicht blockieren!

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/12349

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Dr. Optendrenk das Wort.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe – Glocke)

Am 20. Juni 2016 haben Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, CDU, Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, SPD, und der Ministerpräsident von Bayern und CSU-Vorsitzende Horst Seehofer eine Einigung zur Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer erzielt.

Diese Einigung setzt die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts aus seinem Urteil vom 17. Dezember 2014 um.

Hierin sind sich die Bundesregierung, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die SPD-Bundestagsfraktion einig. Der Bundestag hat daher die Reform der Erbschaftsteuer am 24. Juni 2016 mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD beschlossen.

Damals hat der eine oder andere mit Überraschung festgestellt, dass zu diesem Zeitpunkt in Nordrhein-Westfalen der oberste deutsche Steuerpopulist auf den Plan getreten ist und erklärt hat: So geht es nicht.

(Eva Voigt-Küppers [SPD]: Jawohl! – Dietmar Schulz [PIRATEN]: Nicht nur der! – Jochen Ott [SPD]: So geht es ja auch nicht!)

Herr Finanzminister, wie kommunizieren Sie eigentlich mit Ihren Bundesleuten?

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: Das ist eine gute Frage!)

Wie kommunizieren Sie eigentlich mit dem sonst von Ihnen hochgeschätzten Kollegen Carsten Schneider? Wie kommunizieren Sie eigentlich überhaupt seit Februar mit Ihren Bundesleuten?

(Jochen Ott [SPD]: Fordern Sie doch einmal die Verbindungsnachweise an!)

Neuerdings äußern Sie hier verfassungsrechtliche Bedenken. Übrigens kann man schon die Frage stellen, warum sie jetzt an dieser Stelle geäußert werden. Sie waren nämlich in der ganzen Diskussion der letzten Monate nicht Kern des Geschehens. Das sind also – mit Verlaub, Herr Minister – Nebelkerzen. Im Übrigen nimmt Ihnen die Rolle des Verfassungshüters nach vier Verfassungsgerichtsurteilen, die Sie hier kassiert haben, sowieso keiner mehr ab.

(Beifall von der CDU)

Dass Sie etwas als verfassungswidrig bezeichnen, ist auch schon erstaunlich; denn das Verfassungsrecht ist für Sie ohnehin gar nicht so wichtig. Sie haben noch bei dem Urteil zur Besoldung gesagt, das Verfassungsgericht in Münster sei ein Schiedsgericht. Die Zitate können Sie sich gerne noch einmal durchlesen.

Es geht – und das ist der Kern der Dinge – eigentlich nur um eines. Sie sind nämlich der Meinung, dass Sie mit der Reform der Erbschaftsteuer wieder nicht genug Geld bekommen. Sie wollen lieber Steuern erhöhen. Das hat Ihre Fraktion in den letzten Tagen ja auch in einem Positionspapier hier unterstützend deutlich gemacht. Sie wollen alle möglichen Steuerarten erhöhen, wie Sie das als SPD immer wollen.

Es ist einfach nie genug Geld da. Bei dem nachlässigen Umgang, den Sie mit dem Landeshaushalt seit 2010 entschlossen pflegen, wundert das auch nicht.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Sie wollten nichts davon wissen und wollen auch weiterhin nichts davon wissen, dass wir hier Treuhänder des Bürgers sind – und Sie als Finanzminister als Kassenwart in ganz besonderer Weise.

Ich möchte einmal kurz aus dem Plenarprotokoll des Deutschen Bundestages vom 24. Juni 2016 zitieren, was der Kollege Carsten Schneider zu der Frage gesagt hat, worum es denn jetzt tatsächlich geht. Es geht nämlich offensichtlich darum, dass Sie einen Vorwand suchen, jetzt nicht zuzustimmen – ob das nun ein zu knappes Verfahren ist, wie es die Grünen kritisieren, oder ob es verfassungsrechtliche Bedenken sind. Der Kollege Schneider – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten – hat dazu gesagt:

„Die Opposition hat kritisiert, dass sie zu spät über die Änderungen im parlamentarischen Verfahren informiert wurde. Das finde ich bemerkenswert; denn der Kern dessen, was Ihnen heute vorliegt, ist seit Februar klar. Seit Februar hatten Sie die Chance, sich damit auseinanderzusetzen. Es gibt jetzt noch ein oder zwei marginale Änderungen, die zu einer Verbesserung des Erbschaftsteuergesetzes führen.“

Herr Minister, wenn es Ihnen wirklich darum gegangen wäre, in der Sache noch etwas fundamental zu ändern, dann hätten Sie das seit dem 22. Februar